

chungsausschusses zum havarierten Atommülllager in dem früheren Salzbergwerk Asse bei Wolfenbüttel zogen am 26. September 2012 die niedersächsischen Parteien der Regierungskoalition CDU und FDP in Hannover. Sie gelangten zu dem Urteil, der Atommüll sei in der Asse widerrechtlich und geheimnisrämerisch eingelagert worden. Der Abschlußbericht soll am 18. Oktober 2012 vom Untersuchungsausschuß beschlossen und anschließend im November vom Plenum des niedersächsischen Landtages beraten werden.

Neben dem gemeinsamen Bericht wollen auch die drei Oppositionsparteien SPD, Grüne und Linke getrennte Minderheitsberichte vorlegen. Aber bereits die Einschätzung der Mehrheitsfraktionen ist eine vernichtende Kritik an Schlamereien in dem havarierten Atommülllager, an fehlender Neutralität und „ungenügender Objektivität“ früherer Gutachter. Entgegen anderslautender Behauptungen sei es in der Asse nie um Forschung, sondern stets nur um die Beseitigung von Atomabfällen gegangen. Das nicht gelöste Problem des Wassereintritts sei unbeachtet geblieben, obwohl es bereits seit 1912 bekannt war. Strittig bleibt wohl vor allem die Zuordnung der politischen Verantwortlichkeit, weil im Bund ebenso wie in Niedersachsen die Regierungen seit der Einlagerung von rund 126.000 Atommüllfässern in den frühen 1970er Jahren mehrfach wechselte.

Die CDU- und FDP-Abgeordneten befürworten eine Bergung des Atommülls aus der Asse und lehnen damit die Einschätzung des Vorsitzenden der „Entsorgungskommission“ des Bundes, Michael Sailer, ab. Dieser hatte zuvor verkündet, eine Rückholung sei „unmöglich“. Der frühere SPD-Bundesumweltminister Sigmar Gabriel warf Sailer Befangenheit vor. Er verunsichere mit seinem seit vier Jah-

ren wiederholten Vorschlag, den Atommüll in der Asse einzubetonieren, nur die Bürger. Der niedersächsische

Atommüll-Entsorgungsstrategie

Endlager Meeresgrund

Die Bundesregierung meint, der Einfluß von Radioaktivität von Atommüll aus dem Meer auf die Nahrungskette sei gering.

Der Einfluß von freigesetzter Radioaktivität aus auf dem Meeresgrund versenkten Abfallbehältern auf die Nahrungskette wird von der deutschen Bundesregierung als gering eingestuft. In ihrer Antwort vom 27. August 2012 [1] auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezieht sich die Regierung auf eine wissenschaftliche Untersuchung aus dem Jahr 2003 [2], wonach sich die Gesamt-Plutonium-Aktivität in dem Gebiet, in dem die radioaktiven Abfallfässer bis 1982 versenkt wurden, nicht „signifikant von der des Vergleichsgebietes oder des übrigen Atlantiks“ unterscheidet. „Der Einfluss der aus den Fässern freigesetzten Aktivität auf die Nahrungskette in Sedimentnähe ist im Vergleich zu der vom globalen Kernwaffenfallout in dieser Tiefe angekommenen Aktivität als gering einzustufen“, schreibt die Regierung. Sie geht jedoch davon aus, dass die insgesamt 480 Fässer, die von Deutschland im Atlantik versenkt wurden, „zumindest teilweise nicht mehr intakt sind und Radionuklide freigesetzt wurden“. Denn die Fässer „waren nicht konzipiert, um einen dauerhaften Einschluss der Radionuklide am Meeresboden zu gewährleisten“, schreibt die Bundesregierung.

Die Londoner Convention 1972 (LC72) verabschiedete im November 1993 ein vollständiges Verbot der Entsorgung radioaktiver Abfälle und anderer radioaktiver Stoffe auf

Landtag hatte sich ebenfalls einstimmig für eine Bergung des Atommülls ausgesprochen. ●

See. Danach wurde das Umweltmonitoring in den versenkungsgebieten eingestellt. Die letzte Fahrt eines deutschen Forschungsschiffes „in die ‚Versenkungsgebiete‘ zur Gewinnung von Proben mariner Biota“ fand der Bundesregierung zufolge im Jahr 2005 statt, „wobei die Ergebnisse der Plutonium-Messungen dieser Probenahmekampagne aufgrund technischer Defekte unbrauchbaren waren“, wird erklärt. Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) führe darüber hinaus „im Rahmen der Radioaktivitätsüberwachung in der Nordsee regelmäßig Monitoringfahrten“ durch, bis in den Ärmelkanal führten diese „zuletzt im August 2009“. Die Überwachungsdaten enthielten keinerlei Hinweise auf Emissionen aus den Versenkungsgebieten, heißt es. Die Bundesregierung gehe „davon aus, daß in den letzten 20 Jahren in den Versenkungsgebieten Messungen durchgeführt wurden“, wobei „für die Kontrolle des Ärmelkanals die britischen Behörden zuständig“ seien.

In ihrer Kleinen Anfrage hatten die Grünen auf einen Bericht des ARD-Fernsehmagazins „Report Mainz“ vom 1. November 2011 über die Problematik von im Meer versenkten Atommüllfässern verwiesen. Demnach wurden bis 1982 von neun Staaten, darunter auch Deutschland, an 15 Stellen im Nordostatlantik insgesamt 114.726 Tonnen schwach- und mittelradioak-

tive Abfälle in 222.732 Fässern versenkt [3,4]. Die verantwortlichen Regierungen gingen damals davon aus, daß der radioaktive Abfall in 4.700 Metern Tiefe „beseitigt“ sei. Man nahm an, daß eventuell ausdringende radioaktive Stoffe im Ozean „verdünnt“ würden. Dieser Standpunkt wird heute offenbar weiterhin vertreten; er entspricht dem der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) aus den 1980er Jahren.

1. Endlager Meeresgrund: Deutscher Bundestag, Drucksache 17/10548 vom 27.08.2012, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/105/1710548.pdf>
2. Kanisch, G. et al. (2003): Radioökologische Untersuchungen in marinen Ökosystemen. Schriftenreihe Reaktorsicherheit und Strahlenschutz, BMU – 2003-626, www.bmu.de/strahlenschutz/doc/4839.php
3. Bericht IAEA-TECDOC-1105: „Inventory of radioactive waste disposal at sea“ der International Atomic Energy Agency (IAEA), Aug. 1999, http://www-pub.iaea.org/MTCD/publications/PDF/te_1105_prn.pdf
4. Implementation of PARCOM Recommendation 91/4 on liquid discharges. Report from France, www.ospar.org/documents/dbase/publications/p00503_french%20implementation%20report%20of%20parcom%20rec%2091_4.pdf

Atommüll-Entsorgungsstrategie

Heimlich versenktes russisches Atom-U-Boot droht die Arktis zu verseuchen

Der Arktischen See droht eine Atomkatastrophe. Ein defekter Atomreaktor eines 1981 heimlich versenkten U-Boots könnte bald durch das Eindringen von Meerwasser außer Kontrolle geraten. Das berichtete das ARD-Politikmagazin ,Re-